

Verbeamtung in Sachsen einführen: ungerecht?

Beitrag von „Schantalle“ vom 16. April 2017 13:40

Da Sachsen seine Lehrerstellen z.Zt. v.a. über unkoordiniert eingearbeitete und unterbezahlte Quereinsteiger zu versorgen sucht, gibt es wieder Fürsprecher für die Verbeamtung von Lehrkräften. Ausgerechnet die GEW ist dagegen: da es eine Altersgrenze gibt, beträfe die Verbeamtung nur etwa ein Viertel der derzeit Angestellten.

<http://www.versicherungsvergleich-beamte.de/beamtenanwaert...rn-durchsetzen/>

Was meint ihr: ist es ein Grund, jungen LehrerInnen keine Verbeamtung in Aussicht zu stellen, weil der Großteil an LehrerInnen in einem Bula nicht mehr den Beamtenstatus erlangen kann? Wie könnte eine gerechte Einführung aussehen? Gibt es noch andere Möglichkeiten, dem Lehrkräftemangel im "östlichsten" Bundesland zu begegnen? Berlin hat ja einen halbwegs attraktiven Weg über die Eingruppierung gefunden.

Beitrag von „Anja82“ vom 16. April 2017 13:54

Wie hat MeckPomm das denn geregelt vor ein paar Jahren?

Beitrag von „Milk&Sugar“ vom 16. April 2017 15:23

Von Bekannten weiß ich, dass es auch als ältere Person möglich ist die Verbeamtung einzuklagen (Diskriminierung auf Grund des Alters), war allerdings in Hessen.

Wenn ein Bundesland die Verbeamtung erst neu einführt weiß ich aber nicht ob, wie es dann mit Einklagen aussieht.

Beitrag von „Tritonus“ vom 16. April 2017 16:17

Wer den Lehrerberuf nur attraktiv findet, wenn man verbeamtet werden kann, sollte er besser nicht Lehrer werden. Ich bin seit 9 Jahren in Anstellung tätig in einem Land, in dem verbeamtet wird, und ich beeile mich nicht, in den mir verbleibenden 5 Jahren noch verbeamtet zu werden.

Wenn es gelingt, fein, wenn nicht, auch in Ordnung.

Beitrag von „Schantalle“ vom 16. April 2017 16:47

Zitat von Tritonus

Wer den Lehrerberuf nur attraktiv findet, wenn man verbeamtet werden kann, sollte er besser nicht Lehrer werden. Ich bin seit 9 Jahren in Anstellung tätig in einem Land, in dem verbeamtet wird, und ich beeile mich nicht, in den mir verbleibenden 5 Jahren noch verbeamtet zu werden.

Wenn es gelingt, fein, wenn nicht, auch in Ordnung.

Ob du verbeamtet sein möchtest, bringt aber den Freistaat Sachsen in Fragen des Lehrermangels nicht weiter. Es arbeiten viele KollegInnen in Nachbarbundesländern oder ziehen weg, um die Vorzüge des Beamtenstums zu erhalten.

Beitrag von „Yummi“ vom 16. April 2017 16:54

Zitat von Tritonus

Wer den Lehrerberuf nur attraktiv findet, wenn man verbeamtet werden kann, sollte er besser nicht Lehrer werden. Ich bin seit 9 Jahren in Anstellung tätig in einem Land, in dem verbeamtet wird, und ich beeile mich nicht, in den mir verbleibenden 5 Jahren noch verbeamtet zu werden.

Wenn es gelingt, fein, wenn nicht, auch in Ordnung.

Nö. Warum sollte ich auf wesentlich mehr Gehalt ohne Mehrarbeit verzichten?

Warum soll ich auf ein höheres Ruhegehalt verzichten?

Die Verbeamtung war für mich ein wichtiger Faktor.

Ansonsten ist es ein Job, nicht mehr und nicht weniger.

Beitrag von „Morse“ vom 16. April 2017 17:11

Zitat von Tritonus

Wer den Lehrerberuf nur attraktiv findet, wenn man verbeamtet werden kann, sollte er besser nicht Lehrer werden. Ich bin seit 9 Jahren in Anstellung tätig in einem Land, in dem verbeamtet wird, und ich beeile mich nicht, in den mir verbleibenden 5 Jahren noch verbeamtet zu werden.

Wenn es gelingt, fein, wenn nicht, auch in Ordnung.

Bravo! So ein Engagement sieht man ja sonst nur bei der Caritas.

Beitrag von „Tritonus“ vom 16. April 2017 17:17

Zitat von Yummi

Ansonsten ist es ein Job, nicht mehr und nicht weniger.

... und eben, weil es "nur" ein Job ist, zählt für mich in erster Linie das, was ich da mache, nicht, wieviel ich dafür kriege...

Ich muss überleben können, und das kann ich. Ich verschenke kein Geld, nur, weil ich mehr verdiene, als ich ausgeben kann - jetzt schon. Aber ich bin nicht gierig wie alle anderen - egal aus welcher Branche.

Ich bin Lehrer geworden, weil mir Kinder wichtig sind und ganz besonders deren Bildung. Dass ich dafür Geld bekomme, ist natürlich mitbedacht, aber ich finde, Lehrer - vor allem Gymnasiallehrer - verdienen überdurchschnittlich gut, und das auch als Angestellte...

Nach meiner Dienstszeit - also ab ca. 2044 - werde ich seeeeehr passiv werden. Meinen Urlaub verbringe ich ein Wochenende im Jahr in Koblenz, ansonsten werde ich wohl einmal wöchentlich einen Musikverein dirigieren, ein bis zweimal wöchentlich in anderen Vereinen mitspielen, einmal die Woche ehrenamtlich tätig sein, den Rest der Zeit hoffentlich Enkel bespaßen...

Reisen nein, Luxusvilla nein... Ich schätze meinen monatlichen Bedarf dann etwa auf 1.500 € netto, und die Versicherung sichert mir jetzt schon 1800 € zu... Also... Ausgesorgt.

Beitrag von „Mikael“ vom 16. April 2017 20:52

Zitat von Schantalle

Ausgerechnet die GEW ist dagegen...

Tja, da ist sie wieder, die sogenannte "Gewerkschaft". Niemals die Kollegen an der Basis im Blick, die werden halt wieder einmal für die "höheren" Ziele der GEW in die Pfanne gehauen... aber das kennen wir ja von den "Lieblingsprojekten" der GEW: Inklusion, Ganztagschule und Abschaffung der Gymnasien.

Zitat

Als Vorsitzende des sächsischen Landesverbandes der GEW verwies Ursula-Marlen Kruse darauf, dass die Ernennung zum Beamten nur bis zur Vollendung des 40. Lebensjahrs möglich ist. Somit würde maximal ungefähr ein Viertel der Lehrer von einer Verbeamtung profitieren. Kruse befürchtet, **dass dadurch noch mehr Lehrkräfte zu ihrem 63. Geburtstag ihre Rente beantragen würden und darum eher eine Verschlimmerung der Personalprobleme an den Schulen in Sachsen zu den Folgen einer Gesetzesänderung zählen würde.** Denn von dieser Möglichkeit machen derzeit bereits rund 35 Prozent der Lehrer Gebrauch.

<http://www.versicherungsvergleich-beamte.de/beamtenanwaert...rn-durchsetzen/>

Und die Rente mit 63 gönnt euch die große Vorsitzende auch nicht. Und so etwas nennt sich "Gewerkschaft".

Gruß !

Beitrag von „Susannea“ vom 16. April 2017 21:47

Mikael, ich finde das sehr einseitig zitiert, denn sie sagt doch keinesfalls, dass sie generell dagegen ist, nur so, wie geplant nicht und die Probleme werden damit auch nicht gelöst, sondern eher schlimmer.

Beitrag von „Schantalle“ vom 16. April 2017 22:32

Zitat von Susannea

Mikael, ich finde das sehr einseitig zitiert, denn sie sagt doch keinesfalls, dass sie generell dagegen ist, nur so, wie geplant nicht und die Probleme werden damit auch nicht gelöst, sondern eher schlimmer.

Wenn der Lehrermangel eklatant größer wird, weil mehr 64- und 65-jährige KollegInnen wegfallen, dann ist Sachsens Problem weit größer, als gedacht.

Die GEW will ein Angleichen der Eingruppierungen. Da ist generell natürlich auch nichts gegen einzuwenden, ein höherer Anreiz ist das für JunglehrerInnen (zumal das auch lediglich GS-LehrerInnen betrifft) vermutlich kaum.

Und ob Ältere benachteiligt werden, weil Jüngere mehr beziehen, finde ich fraglich. Gefühlt ist die Ungerechtigkeit natürlich groß! Das wird Unmut in Kollegien säen. Nachteile entstehen Älteren dadurch aber doch nicht.

Beitrag von „Susannea“ vom 16. April 2017 22:46

Zitat von Schantalle

Nachteile entstehen Älteren dadurch aber doch nicht.

Wenn die Verbeamtung doch aber so ein großer Vorteil ist, wie immer gesagt wird, warum ist es dann kein Nachteil, wenn man das nicht bekommen darf? Und das nur, weil man schon älter ist, wenn man dann also evtl. mehr Erfahrung und Dienstjahre hat als andere Kollegen und die gleich mal mehr und besser gestellt sind.

Doch, das ist eine klare Ungerechtigkeit, so wie in Berlin die "alteingesessenen" Angestellten sich zurecht darüber aufregen, dass Neu-Eingestellte gleich mal mehr Geld bekommen als sie, weil sie die Erfahrungsstufen vorweg bekommen.

Zitat von Schantalle

Wenn der Lehrermangel eklatant größer wird, weil mehr 64- und 65-jährige KollegInnen wegfallen, dann ist Sachsens Problem weit größer, als gedacht.

Genau das habe ich doch gesagt und das dies eben auch ein Kritikpunkt der GEW ist, dass es nicht hilft, so wie es durchgeführt werde soll, sondern vermutlich mehr Probleme bringt.

Beitrag von „Schantalle“ vom 17. April 2017 14:11

Das Milchmädchen rechnet...

Die GEW fordert doch auch nicht, dass das Beamtentum in 14 Ländern wieder abgeschafft wird,
weil ist ja voll ungerecht ggü. Sachsen und Berlin 😊

Beitrag von „Susannea“ vom 17. April 2017 14:14

Zitat von Schantalle

Das Milchmädchen rechnet...

Die GEW fordert doch auch nicht, dass das Beamtentum in 14 Ländern wieder
abgeschafft wird, weil ist ja voll ungerecht ggü. Sachsen und Berlin 😊

Entschuldige, aber jetzt wird's albern. Ganz im Gegenteil, die GEW fordern das es eingeführt
wird in Sachsen und Berlin. Aber sie fordern auch, dass es das für alle gibt, egal welches Alter!
Die Verbeamtung an sich hat die GEW nicht kritisiert, nur was die Folgen daraus sind
aufgezeigt!

und doch, es ist uns bleibt ungerecht, das wird auch nicht anders, wenn du hier schon wieder
unsachlich wirst!

Beitrag von „Valerianus“ vom 17. April 2017 14:26

Nach ständiger Rechtsprechung muss es bei Beamten ein angemessenes Verhältnis zwischen
Dienst- und Ruhestandszeit geben. Wie genau dieses Verhältnis auszusehen hat ist nicht
eindeutig definiert, aber es sollte einleuchtend sein, dass man niemanden mit 66 Jahren
verbeamten kann, um ihm dann ein Jahr später bis an sein Lebensende ein Ruhegehalt zu
zahlen (Extrembeispiel). Wo diese Grenze nun liegen muss, muss jeder Dienstherr für sich
selbst entscheiden, entweder mit festen Altersgrenzen (die meisten Bundesländer) oder per
Einzelfallprüfung (wie der Bund).

Die Gerechtigkeitsauffassung mancher Personen ist echt witzig übrigens. Wenn sich ein Gesetz ändert und ich dadurch einen Vorteil habe oder nicht habe, den es vorher (nicht) gab, dann ist das nicht ungerecht, sondern einfach Pech. Ich habe nie Eigenheimzulage erhalten, oh nein, wie gemein...dafür habe ich in anderer Hinsicht ein paar Vorteile gegenüber der älteren Generation. Nicht jeder Unterschied ist eine Ungerechtigkeit...

Beitrag von „Mikael“ vom 17. April 2017 18:21

Zitat von Valerianus

Ich habe nie Eigenheimzulage erhalten, oh nein, wie gemein...

Gerüchteweise hat man die Kollegen in früheren Zeiten des Lehrermangels sogar mit kostenlosen oder stark verbilligten Grundstücken gelockt. Und Regelbeförderung auf A14 für alle gab es auch. Und die Krankenversicherung war auch VIEL billiger. Und arbeiten bis 67 war auch nie ein Thema...

UNGERECHT! Die GEW sollte sofort die Rückzahlung und Rücknahme all dieser unverdienten "Vorteile" einfordern...

Gruß !

Beitrag von „WillG“ vom 17. April 2017 18:36

Zitat von Mikael

Und Regelbeförderung auf A14 für alle gab es auch.

Dann komm nach Bayern. Hier gibt es die am Gymnasium nach ca. 10-12 Jahren noch. Dafür bekommst du halt auch alle vier Jahre eine Regelbeurteilung, für die der Chef innerhalb der vier Jahre dreimal unangekündigt in deinem Unterricht sitzt. Bedeutet wenigstens, dass man keinen Entwurf schreiben muss. Und alle Klassenarbeiten werden routinemäßig stichprobenartig nachkorrigiert, um Anforderungsniveau und Korrketur mit dem Rest der Fachschaft abzugleichen.

Andererseits braucht man bei Bewerbungen auf Funktionsstellen keine Revision durchmachen, weil einfach die aktuellste Beurteilung herangezogen wird. Hat halt alles seine Vor- und

Nachteile. Ob sich das für die knapp €100 mehr beim Sprung von A13Z auf A14 lohnt, muss jeder selbst wissen.

Beitrag von „Susannea“ vom 17. April 2017 18:42

Zitat von Valerianus

Nach ständiger Rechtsprechung muss es bei Beamten ein angemessenes Verhältnis zwischen Dienst- und Ruhestandszeit geben. Wie genau dieses Verhältnis auszusehen hat ist nicht eindeutig definiert, aber es sollte einleuchtend sein, dass man niemanden mit 66 Jahren verbeamtet kann, um ihm dann ein Jahr später bis an sein Lebensende ein Ruhegehalt zu zahlen (Extrembeispiel). Wo diese Grenze nun liegen muss, muss jeder Dienstherr für sich selbst entscheiden, entweder mit festen Altersgrenzen (die meisten Bundesländer) oder per Einzelfallprüfung (wie der Bund).

Wenn das jedes Bundesland eben so einfach selber entscheiden könnte, dann könnte man sich ja nicht aufgrund der Diskriminierung wegen des Alters einklagen 😊
Also das es so einfach nicht gehen wird, wissen sie vermutlich selber, aber man kann es natürlich darauf ankommen lassen, wie viele klagen.

In Berlin muss ja auch die Ausgleichszulage z.B. für alle (ich meine) bis 1.8.2015 Eingestellten selbst beantragt werden, alle andere bekommen sie automatisch, da liegt es dann an jedem selber (wie auch bei der Eigenheimzulage), ob er sie bekommt oder nicht. Wenn der Antrag rechtzeitig gestellt ist, bekommt man sie, sonst eben nicht.

Beitrag von „Yummi“ vom 17. April 2017 19:25

Die Säuglingsausstattung z.B. muss man ja auch durch ein Kreuz im Beihilfeantrag beantragen. Nur weil mein sein Kind meldet bekommt man die 250€ (in BW) nicht

Beitrag von „Schantalle“ vom 17. April 2017 19:38

Zitat von Susannea

Entschuldige, aber jetzt wird's albern. Ganz im Gegenteil, die GEW fordern das es eingeführt wird in Sachsen und Berlin. Aber sie fordern auch, dass es das für alle gibt, egal welches Alter! ...

Das stimmt einfach nicht:

<https://www.gew-sachsen.de/beamte/>

Und wieso bin ich -schon wieder- unsachlich? Ich meine die Anfrage absolut ernst. Nämlich welche sozial verträglichen Möglichkeiten es gäbe. Von dir kommt dazu aber keine sachliche Antwort, nur dass sich ältere KollegInnen ärgern werden. Das ist ja richtig, daher: welchen Weg kann das Bundesland nehmen?

Beitrag von „Susannea“ vom 17. April 2017 20:41

Zitat von Schantalle

Das stimmt einfach nicht:

gew-sachsen.de/beamte/

Das ist aber nicht die GEW, sondern die GEW-Sachsen, ein deutlicher Unterschied. Die GEW-Berlin geht z.B. auch nicht in allen Belangen mit der GEW mit, z.B. kritisiert die Berliner GEW ganz klar, dass beim Tarifvertrag die Vereinbarung des Beamtenbundes auch unterschrieben wurde. Wollte sie nicht machen.

Und in der E&W 12/2016 wird sich gerade noch darüber beklagt, dass Sachsen sich immer noch weigert seine Lehrer zu verbeamteten. Kritisiert man wohl nicht, wenn man das eh nicht möchte.

Zitat von Schantalle

Ich meine die Anfrage absolut ernst. Nämlich welche sozial verträglichen Möglichkeiten es gäbe. Von dir kommt dazu aber keine sachliche Antwort, nur dass sich ältere KollegInnen ärgern werden. Das ist ja richtig, daher: welchen Weg kann das

Bundesland nehmen?

Sozial verträglich wäre alle oder keinen zu verbeamteten (das die Betroffenen das selber wollen vorausgesetzt), aber dann hat man das Problem, dass viele früher in Pension gehen werden. Dann muss man damit eben leben. Oder man lässt die Verbeamtung eben ganz sein und versucht die Bewerber anders zu ködern (in Berlin klappt es doch aktuell auch).

Ehrliche Antwort ist, dass man ihnen das Problem vor Jahren vorausgesagt hat, also wäre die Lösung gewesen, früher darauf zu hören. Wollte man nicht, nun sind die Leute gefragt, die es damals besser wussten. (Übrigens auch das selbe Problem wie in Berlin, nur das hier gerade deutlich mehr Lehrer noch angezogen werden).

Und wo du unsachlich warst in deinem vorherigen Beitrag weißt du wohl selber.

Beitrag von „Schantalle“ vom 17. April 2017 21:43

"Alle oder keinen zu verbeamteten" ist keine Lösung. Auch in Ländern, in denen LehrerInnen verbeamtet werden, gibt es welche, für die die Bedingungen nicht zutreffen (bspw. Altersgrenze).

Zitat von Susannea

...Ehrliche Antwort ist, dass man ihnen das Problem vor Jahren vorausgesagt hat, also wäre die Lösung gewesen, früher darauf zu hören. Wollte man nicht, nun sind die Leute gefragt, die es damals besser wussten. (Übrigens auch das selbe Problem wie in Berlin, nur das hier gerade deutlich mehr Lehrer noch angezogen werden).

Wer ist denn "man"? Ich höre hier nur Trotz.

Außerdem sehe ich in der Rechnung der GEW schon eine Milchmädchenrechnung. Aktuell würden vielleicht nur ein Viertel der Lehrer von der Verbeamtung profitieren. Der Anteil steigt aber logischerweise jedes Jahr.

Und wenn die Berechnung des Lehrerbedarfs davon abhängt, ob KollegInnen ein Jahr früher in Rente gehen, dann ist es umso dringender angezeigt, den Beruf hier attraktiver zu gestalten, damit mehr Lehrer hier arbeiten wollen und somit KollegInnen früher in Rente gehen können.

Beitrag von „Valerianus“ vom 17. April 2017 21:48

Ich will jetzt echt nicht lästern, aber: Klar ist es sozialverträglich, wenn man ein Bundesland innerhalb einer Legislaturperiode fiskalisch langfristig völlig ruiniert. Das klappt aber auch nur dank Länderfinanzausgleich und Solidaritätszuschlag. Beamte sind genau dann günstiger für ein Bundesland (genau wie für die private Krankenversicherung), wenn sie jung und gesund eingestellt werden. Der Grund aus dem ältere Personen in der Regel (Ausnahmen: hohe Posten in Ministerien oder Professuren) nicht mehr verbeamtet werden, ist derselbe aus dem dieselbe Personengruppe nur sehr schwer oder teuer eine PK oder DU Versicherung bekommt. Und hier ist ein Tipp: Versicherungen sind gewinnorientierte Unternehmen, die machen nur sehr ungern massive Verluste. Aber mit Staatsschulden kann man es ja machen, die bezahlt ja irgendwann jemand anders, wenn man selbst über seine Pension oder Rente meckert...

Beitrag von „Susannea“ vom 17. April 2017 21:58

Zitat von Schantalle

Wer ist denn "man"?

Die damalige Regierung natürlich.